

II- 993 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 578 IJ

1987-06-24

A N F R A G E

der Abgeordneten Blau-Meissner und Genossen
 an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport
 betreffend die österreichische Schule in Guatemala

In letzter Zeit wurde in der Öffentlichkeit wiederholt Kritik an der österreichischen Schule in Guatemala (Instituto Austro-Guatemalteco) geübt. So stellte die Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Johanna Dohnal, bei einer Pressekonferenz am 21. Mai d. J. fest, diese Schule komme "sicher nicht den Armen zugute" und koste das Vierfache der gesamten Nicaragua-Hilfe des Vorjahres ("Neue AZ", 22.5.87). Am 22. Mai d.J. betonte der guatemaletische Oppositionspolitiker Belisario Aldana bei einer Pressekonferenz der SPÖ-Arbeitsgemeinschaft Österreich Dritte Welt, die österreichische Schule in Guatemala verstärke die Privilegien der Privilegierten und sei jedenfalls keine Unterstützung für das Volk ("Wiener Zeitung", 23.5.87). Außerdem gibt es bereits seit Jahren von Entwicklungsexperten und Entwicklungshilfeorganisationen Kritik an dieser Schule. Angesichts dieser Tatsache stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E :

1. Wie hoch ist die Gesamtsumme, die dem Instituto Austro-Guatemalteco seit seiner Gründung aus Mitteln des österreichischen Bundesbudgets zur Verfügung gestellt wurden?
2. Welche Stellung nehmen Sie als zuständiger Ressortminister zur jüngst geäußerten Kritik von Staatssekretär Dohnal sowie des guatemaletischen Oppositionspolitikers Aldana?
3. Wie hoch ist der Betrag, den Sie im laufenden Jahr 1987 aus Mitteln Ihres Ressorts für das Instituto Austro-Guatemalteco budgetiert haben?
4. Welches sind Ihre künftigen Pläne in Bezug auf das Instituto Austro-Guatemalteco?
5. Welche Haltung nehmen Sie zu dem vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten geplanten Abschluß eines Kulturabkommens mit Guatemala ein, vor allem im Licht der Kritik des guatemaletischen Oppositionspolitikers Aldana, daß ein solches Abkommen eine politische Unterstützung der Repressionspolitik der Regierung Cerezo wäre?